

Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall



Referat zur CSU- Klausur in Wildbad Kreuth
06.01.2011

Inhaltsverzeichnis

- I Ein Kurswechsel ist nötig
- II. Prekarisierung der Arbeitswelt stoppen
- III. Industriepolitik und Qualifizierung ausbauen
- IV. Rente mit 67 aufgeben
- V. Die Demokratie vor Erosion schützen

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich weiß es zu schätzen, dass ich in dieser Runde Ihr Gast sein darf.

Ich bin gerne gekommen, und das nicht nur, weil man hier angeblich noch immer um Mitternacht einen großen Geist Ihrer Partei poltern hören könne.

Viel mehr bin ich hier bei Ihnen, weil ich auf Ihre Mithilfe bei der Lösung zentraler Probleme unseres Landes setze.

I. Ein Kurswechsel ist nötig

Die Weltwirtschaftskrise 2009 hat eine tiefe Verunsicherung in der politischen Landschaft hinterlassen – auch wenn manche sich mit dem bekannten Karnevalsmotto ‚es ist doch alles gut gegangen‘ darüber hinweg täuschen wollen.

Die Welt hat in einen Abgrund gesehen und nur mit den größten Anstrengungen konnte das Schlimmste verhindert werden. Man kann eine Krisendynamik oft schwer voraussagen.

Das mag vielleicht noch entschuldbar sein. Aber keine Konsequenzen daraus zu ziehen: Das ist unverzeihlich. Wer das Wetterleuchten ignoriert, ist für die folgenden Sturmschäden selbst verantwortlich.

Die Wirtschaftskrise ist für mich ein unüberhörbares Signal, Fragen zu stellen. Fragen, die weit über den Anlass hinausgehen.

Natürlich: Die Finanzmärkte müssen neu reguliert werden. Die Finanzmärkte müssen wieder der Realwirtschaft dienen und nicht umgekehrt. Allein das ist eine Herkulesaufgabe. Und – seien wir ehrlich – wenn wir uns die bisherigen Ergebnisse anschauen: Viel ist nicht dabei herausgekommen. Es ist uns nicht einmal gelungen, den eigenen europäischen Haushalt in Ordnung zu bringen. Die Eurokrise zeigt das mehr als deutlich.

Aber meine Fragen gehen weiter: Die Produktivkräfte haben sich in den letzten Jahrzehnten enorm entwickelt. Denken sie nur an die Möglichkeiten, die das Internet bietet. Wir haben alle materiellen Voraussetzungen, um den uralten Traum der Menschheit zu erfüllen: Ein gutes Leben für alle.

Bereits in den Anfängen der europäischen Philosophie, bei den griechischen Denkern finden wir diese Idee: Aristoteles formuliert als Anforderung an ein vorbildliches Gemeinwesen, die Voraussetzung für ein gutes, gelingendes Leben zu schaffen. Heute haben wir in einem noch nie vorhandenem Maße die Möglichkeiten dazu in der Hand.

Aber warum kommt davon so wenig bei der Masse der Menschen an?

Warum haben wir in den meisten Wirtschaftszweigen – die Metallindustrie ist eine der wenigen Ausnahmen – seit den 80er Jahren keine nennenswerten Reallohnsteigerungen mehr?

Warum schrumpft der Mittelstand?

Warum polarisiert sich die Gesellschaft, statt zusammenzuwachsen?

Warum haben wir mit 21 Prozent den größten Niedriglohnsektor nach den USA?

Seit Jahrzehnten kämpfen wir mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit. Ist es nicht beschämend, dass 1,6 Millionen Kinder von Hartz IV leben müssen?

Meine Frage: Warum gelingt es uns nicht, aus unserem zweifellos vorhandenen Reichtum mehr zu machen?

Und eine weitere Frage treibt mich um: Wir haben das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen erlebt und die mageren Ergebnisse von Cancun. Wie sollen die dringend notwendigen Klimaziele erreicht werden? Gerade Deutschland kann sehr viel zur Lösung der Probleme beitragen. Wir verfügen über die Potenziale von Hochtechnologie, die für nachhaltiges Wirtschaften unentbehrlich sind.

Dazu müssen wir allerdings auch im eigenen Land den Vorrang der Nachhaltigkeit durchsetzen. Die Kündigung des Atomkompromisses war dafür – nach meiner Meinung – kein gutes Signal.

Wir brauchen vor allem eine Industriepolitik, die den ökologischen Umbau der Wirtschaft im Auge hat. Dafür gibt es Ansätze, z. B. im Sektor Elektromobilität. Mit Industriepolitik haben sie hier in Bayern viel Erfahrung. Ich denke, hier kann ich auf ihr Verständnis rechnen.

Wir müssen an einem neuen Entwicklungspfad für Deutschland arbeiten, der Ökologisches und Soziales mit einer Vertiefung der Demokratie verbindet.

Sie sehen: Die Fragen, die mich bewegen, zielen nicht auf kosmetische Veränderungen. Es reicht nicht, die Straßenseite zu wechseln und in die gleiche Richtung weiter zu marschieren. Ich glaube: Wir brauchen einen gründlichen Kurswechsel.

Die Fragen, die ich aufgeworfen habe, werden auch Sie bewegen. Auch Sie wollen Politik für die Menschen machen. Ich denke, wir befinden uns in einer großen Suchbewegung, auch wenn wir in verschiedenen Punkten zu unterschiedlichen Antworten kommen.

Ich möchte im Folgenden einige Problemfelder herausgreifen, die uns als Gewerkschaften besonders beschäftigen.

II. Prekarisierung der Arbeitswelt stoppen

Es ist in den letzten Wochen fast inflationär vom „deutschen Beschäftigungswunder“ die Rede.

Doch ein Wunder ist das nicht: Der Super-Gau auf den Arbeitsmärkten konnte verhindert werden durch Überstundenabbau, Nutzung der Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit.

Alles, was betriebliche und tarifpolitische Regelungen bewirken konnten, um Beschäftigung in der Krise zu stabilisieren und Entlassungen zu verhindern, das wurde auch eingesetzt.

Hinzu kam, dass der Sozialstaat mit den verbesserten Kurzarbeiterregelungen in der Krise seine Bewährungsprobe bestanden hat. Und auch die staatlichen Konjunkturprogramme.

Ich denke, die Umweltprämie und die Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen, haben in richtiger Kombination zur Krisenbewältigung beigetragen.

Es war also der Dreiklang von beschäftigungssichernder Betriebs- und Tarifpolitik, staatlicher Konjunkturförderung und sozialstaatlicher Regulierungen, der das bewirken half, was jetzt so viele „German Beschäftigungswunder“ nennen.

Doch ist jetzt alles wieder in Butter? Nein, es muss sich vieles ändern. Wir müssen die Weichen anders stellen, damit wir zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen.

Selbst in Unternehmen mit glänzenden Geschäftsperspektiven setzt man auf unsichere und möglichst gering entlohnte Beschäftigung.

Wir haben dazu über 5.000 Betriebsratsvorsitzende unseres Organisationsbereiches befragt. Die Ergebnisse sind alarmierend: 85 Prozent der Betriebe mit zusätzlichem Arbeitskräftebedarf setzen überwiegend auf prekäre Arbeitsverhältnisse, davon 43 Prozent auf Leiharbeit, 42 Prozent auf befristete Einstellungen.

Nicht überall und schon gar nicht im nötigen Umfang, können wir solche Fehlentwicklungen tarifpolitisch einfangen.

Die fortschreitende Prekarisierung der Arbeitswelt wird politisch geduldet, oft sogar gefördert. Der Missbrauch von Leiharbeit zum Lohndumping hat eine Art Apartheidsystem in der Arbeitswelt geschaffen.

Die einen sind noch fest angestellt und sozial gut gesichert. Sie können ihre Zukunft planen. Die anderen bleiben prekär beschäftigt, wenn überhaupt.

Ich sehe hier erheblichen politischen Nachsteuerungsbedarf. Und was die Bundesregierung dabei bislang auf den Weg gebracht hat, beschneidet bestenfalls die Auswüchse, löst aber nicht die Kernprobleme.

III. Industriepolitik und Qualifizierung ausbauen

Schon jetzt haben wir rund 1,5 Millionen junge Leute zwischen 20 und 29 Jahren, die keinerlei Berufsabschluss haben.

In jedem Jahr entlassen wir 70 Tausend junge Menschen aus dem Schulsystem ohne irgendeinen Abschluss.

Rechnen Sie das einmal auf dieses Jahrzehnt hoch, erkennen sie den sozialen und ökonomischen Sprengstoff.

Wir alle wissen, von der Leistungsfähigkeit dieser Generationen wird es abhängen, ob Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand gesichert bleiben.

Es geht dabei nicht nur um die nötigen Schritte zur Stabilisierung der heutigen Bastionen des industriellen und sozialen Fortschritts, sondern um das Erschließen von Zugängen zu den Leitmärkten der Zukunft.

Ich denke an die Elektromobilität, an die Nutzung neuer Werkstoffe und die vielen Geschäftsfelder, die sich auftun, wenn überall ernst gemacht würde mit dem Klimaschutz.

Die Wettbewerbsvorsprünge der bayerischen Industrie z. B. im Automobilbau und in der Medizintechnik sind leider kein sicheres Ruhekitzen.

Ich glaube aber nicht, dass die Produktion der Zukunft deshalb in Gefahr ist, weil es an Fachkräften fehlt. Was mehr fehlt, ist die Bereitschaft, das schon vorhandene Facharbeiterpotenzial systematisch zu nutzen, um sich heute für die Geschäfte von Morgen zu rüsten.

Das heißt ganz konkret: Es geht um die Zukunft der industriellen Arbeit.

Diese Zukunft würde verspielt, wenn wir beim sozialen wie beim ökologischen Nachrüsten, die vielen aufgelaufenen Versäumnisse nicht rasch ausgleichen. Oftmals kann die Dividende dafür erst später kassiert werden, während der schnelle Profit viel einfacher heute schon zu haben wäre.

Wir plädieren trotzdem für das oft erst langfristig rentierliche Investieren in die eigenen Belegschaften.

Dabei geht es um die bestmögliche Erstausbildung und kontinuierliches Erweitern und Erneuern von Qualifikationen.

Schaut man sich die Klagen über den zukünftigen Facharbeitermangel genauer an, verbirgt sich dahinter eher die Befürchtung, die zukünftigen Fachkräfte nicht mehr so billig wie bislang halten oder einwerben zu können.

Diese Sorgen muss ich mir als Gewerkschafter nicht zu Eigen machen und die CSU wohl auch nicht.

Es sollte unter uns doch sicherlich ein paar Fans von Bayern München geben.

Diese müssten eigentlich allen Arbeitgebern leicht einsichtig darlegen können, dass es viel vorteilhafter ist, einen Thomas Müller, Sebastian Schweinsteiger, Tony Kroos oder Philipp Lahm auszubilden, statt einen Luca Toni, Mario Gomes oder Franck Ribery für sauteure Summen einzukaufen.

Richtig ist aber auch, und da unterscheide ich mich wohl von einer Position, wie sie Horst Seehofer zugeschrieben wird, dass es trotzdem einen Sinn macht, zukünftigen Spitzenkönnern und Talenten die Einwanderung nach Deutschland nicht zu verwehren. Unsere Gesellschaft gewinnt, wenn wir uns nicht abkapseln, sondern öffnen: für neue Ideen und für die Menschen, die sie aus anderen Erfahrungswelten mitbringen.

IV. Rente mit 67

Ich weiß ja, dass in der komplizierten Menage a trois der Regierungskoalition, die CSU nicht immer der Harmoniestörer sein will und kann.

Trotzdem muss es wohl erlaubt sein, dass Volksparteien hin und wieder auch recht deutlich sagen, was sie von einer bloßen Klientelpartei nach FDP- Muster unterscheidet.

Ich wünsche mir eine CSU, die auch gegen Anfeindungen deutlich macht, dass das große „S“ im Parteinamen eine Verpflichtung und nicht eine Marotte ist.

Herr Seehofer und Herr Söder, sie müssen das dem Herrn Rösler beim Thema Gesundheitsreform doch auch dann noch beibiegen können, wenn sie es nicht mehr so laut sagen dürfen.

Nicht nur ich höre es gerne, wenn Sie, Herr Seehofer, wie im Oktober im deutlichen Kontrast zu den vielen Blauäugigen in anderen Parteien die unbequeme Wahrheit deutlich aussprechen.

Sie beharrten mit Recht darauf, die Zustimmung zur Rente mit 67 aufzukündigen, wenn die Wirtschaft Menschen, die über 50 Jahre sind, nicht beschäftigt. Sie hatten Recht, als sie sagten, dies sei sonst eine reine Rentenkürzung.

Willkommen in den Realitäten unserer Arbeitswelt. Denn auch in den bayerischen Großbetrieben sind Arbeitnehmer mit 60 Jahren oder älter leider die seltene Ausnahme.

Wir haben eine Blitzumfrage aus 230 bayerischen Metall-Betrieben vorliegen: Nicht einmal zwei Prozent aller Beschäftigten sind 60 Jahre oder älter.

In der bayerischen Erwerbsbevölkerung steht der statistische Anteil der Gruppe der 60 bis 64-Jährigen bei knapp 8,8 Prozent. Aus diesem Grund fürchte ich, der jetzt ab 2012 in Gang gesetzte Countdown zur Rente mit 67 wird eher für viele die Renten schmälern als zur besseren Altersmischung der Belegschaften führen.

Lassen sie mich auch hier etwas Grundsätzliches sagen: Wenn jemand 40, 45 Jahre hart gearbeitet hat und mit seinem Körper dafür bezahlt hat und nicht mehr weiterarbeiten kann, dem darf man nicht auch noch die Rente kürzen. Das ist ohne jeden Respekt vor einer solchen Lebensleistung. Das verträgt sich nicht mit unseren Werten und ich hoffe auch nicht mit Ihren!

V. Die Demokratie vor Erosion schützen

Meine Damen und Herren,

Ich möchte zum Schluss noch meine Sorge um eine lebendige Demokratie ansprechen.

Das allmähliche Abgleiten größerer Wähleranteile in eine Parteien- und Politikverdrossenheit dürfen wir nicht als bloßes Zeitphänomen abtun. Natürlich ist es in Ordnung, wenn man sich mitunter über Politiker und über Politik ärgert. Doch dieser Ärger endet leider viel zu oft in Demokratieeverdrossenheit. Aus dem Misstrauen gegen Parteien darf nicht die Absage an Parteien werden.

Deshalb brauchen wir wieder einen unmissverständlichen Wertebezug für das politische Arbeiten.

Das heißt aber auch, dass ganz konkret die CSU – wie aber jede andere demokratische Partei auch – nicht nur Verständnis, sondern mehr Offenheit für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger demonstrieren muss.

Es geht dabei nicht nur um besseres Zuhören, sondern um die Abkehr von der denkfaulen Haltung des „Weiter so“ und um die nötige Tatkraft beim Lösen der offenkundigen Probleme.

Ich danke für diese Gelegenheit, dass ich Ihnen hier einen Teil solcher Sorgen vortragen konnte.

Sie sind repräsentativ, nicht nur für die Mitglieder der IG Metall, sondern wohl auch für einen guten Teil Ihrer aktuellen und potenziellen Wählerschaft.

Meine Damen und Herren,

sie haben mich eingeladen, um mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Ich will meinen Input also hier beenden und bin gespannt auf Ihre Erwiderungen und Vorschläge.